

führt zu der ungelösten, eigentlich zu der immer wieder versteckten Frage, die jetzt beantwortet werden müsse: „Sind die Juden noch das Volk Gottes?“ im theologischen Sinne. Weder der ÖRK noch das II. Vatikanum habe in der „Erklärung über die Nichtchristlichen Religionen“ die Frage beantwortet, sondern eher der Meinung Raum gegeben, das Volk Gottes ist nur die Kirche. Dem stellt Rendtorff die These der „Arbeitsgemeinschaft Juden und Christen beim Kirchentag“ gegenüber, die einen Band veröffentlichte mit dem Titel: „Das gespaltene Gottesvolk“. Danach sind die Juden als Teil des Gottesvolkes *Partner der Kirche*. Begründet wird die bemerkenswerte These nicht aus dem AT, da die Verheißungen von der Einsammlung der Zerstreuten mit dem Ende des babylonischen Exils erfüllt wurden. Aber die Kirchen können nicht daran vorbei, daß die Juden in ihrer Glaubensüberlieferung seitdem sich weiter als Volk Gottes verstanden und mit der Gründung des Staates Israel weit-

gehend eine neue Erfüllung der Verheißung gesichtet haben. Dem müsse die Kirche ebenso Rechnung tragen wie dem Anspruch der Palästinenser, auch wenn sie religiös-nationale Besitzansprüche auf Palästina eindeutig verneint. Der Beitrag verdient ein gründliches Studium ebenso wie der anschließende von *Hans Stroh*: „Die gegenseitige Befragung“ (S. 196—199) über den Stand des jüdisch-christlichen Gesprächs.

VISCHER, Lukas. *Drawn and held together by the reconciling power of Christ*. In: *The Ecumenical Review* Vol. XXVI. Nr. 2 (April 1974) S. 166—190.

Das Heft präsentiert die Hauptreferate der Faith-and-Order-Konferenz von *Salamanca* (September 1973) zum „Verständnis der Einheit und Modelle der Einheit“ (mit dem vollen Wortlaut des Salamanca-Reports S. 291—303).

Der Herausgeber stellt eine Aufwertung des Gedankens der organischen Einheit fest. Vischer nennt die viel berufene Malaise der ökumenischen Bewegung „vielleicht nur eine Unschärfe der Reflexion“. Auch stellt er fest, daß nach allem Durchprüfen von Lösungsmöglichkeiten das Modell der „organischen Einheit“ mit Abstand die größte Zustimmung erhalte, doch es müsse nochmals gründlich durchdacht werden. — *R. Beaupère* OP fragt in seinem Grundsatzreferat wie die Einheit aussehen solle (S. 191—209). Er gibt eine Neuinterpretation des Ökumenismusdekretes und findet, die ökumenische Bewegung habe sich auf Gemeindeebene noch viel zu wenig vorgewagt. Dieser Bereich dürfe nicht Experten oder Spitzenorganisationen überlassen werden. — *J. Miguez* kennzeichnet die völlig andersartige ökumenische Lage in Lateinamerika (S. 210—221). Ein „wahrhaft universales Konzil“ sei dort nicht möglich ohne vorherige Veränderung der Herrschaftsverhältnisse.

Personen und Ereignisse

Auf Einladung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR besuchte der Erzbischof von Canterbury, *Michael Ramsey*, an der Spitze einer anglikanischen Delegation die DDR. Damit erwiderte er einen Besuch von Bischof *Albrecht Schönherr*. Während des einwöchigen Besuchs führte der Erzbischof mehrere Gespräche mit kirchlichen Gremien, hielt zwei theologische Vorträge und predigte in Ostberlin, Leipzig und Erfurt. Am Ende des Aufenthaltes unterstrich er vor Pressevertretern, er befürchte nicht, daß seine Begegnung mit führenden Repräsentanten der DDR politisch mißverstanden werden könnte. Schließlich sei seine Position gegen Marxismus und Atheismus bekannt und „völlig klar“. Mit diesen Aussagen begegnete er allen Spekulationen, die im Zusammenhang mit einem Empfang durch den Staatsratsvorsitzen *Willi Stroph* angekommen waren, besonders nachdem ADN darüber die Meldung verbreitet hatte, der Primas der anglikanischen Kirche habe in wichtigen Fragen eine Haltung eingenommen, „die mit dem humanistischen Anliegen unseres Staates übereinstimmt“.

Auf der zehnten Vollversammlung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft für sozio-ökonomische Entwicklung (CIDSE) wurde der Direktor des Schweizer Fastenopfers, *Meinrad Hengartner*, aus Luzern zum neuen Präsidenten dieser Organisation gewählt. Sein Stellvertreter wurde Sir *Noel Charles* von der englischen Fastenaktion CAFOD. Zum geistlichen Beirat wählten die Vertreter der 17 Delegationen den Erzbischof von Jamaika, *Samuel Carter*. Damit gehört erstmals ein Vertreter der Dritten Welt dem CIDSE-Leitungsgremium an.

Die 47jährige Ordensschwester *Mary Anne*

Guthrie bewirbt sich im amerikanischen Bundesstaat Tennessee innerhalb der demokratischen Partei um einen Sitz im US-Repräsentantenhaus. Die Nonne, die derzeit Leiterin der Abteilung für Gesundheit und Wohlfahrt in der Diözese Memphis ist, tritt gegen eine vierfache männliche Konkurrenz an. Besonders im Hinblick auf die allzu lange Unterrepräsentanz von Frauen in der Regierung und auf die Berücksichtigung der Interessen der „kleinen Leute“ sieht sie sich zu einer solchen Bewerbung veranlaßt. Als wichtige politische Aufgaben sieht sie in erster Linie eine Kürzung der Rüstungsausgaben, Unterstützung des „busing“-Programms zur rassischen Integration und eine Amnestie für all die, die während des Vietnam-Krieges untergetaucht sind, weil sie aus Gewissensgründen den Kriegsdienst verweigerten. In der Schulfrage ist sie keineswegs mit der amtlichen Kirche einer Meinung, da sie sich für ein gutes öffentliches Schulwesen anstelle von Pfarr- oder Privatschulen einsetzt. Um so mehr überraschte ihr Hinweis, Bischof *Carroll Dozier* von Memphis unterstütze ihre Bewerbung um den Kongreß-Sitz.

Das Exekutiv-Komitee des „Chicester Club“, einer einflußreichen Gruppe rhodesischer Katholiken, forderte den Papst auf, unverzüglich den Bischof von Umtali, *Donal Lamont*, „aus Rhodesien und Afrika“ abzurufen. Als Grund für diese ungewöhnliche Forderung nannten sie die antirassistischen Äußerungen des Bischofs auf einer Pressekonferenz Ende Mai in New York, besonders seine Erklärung, die Schwarzen in Rhodesien lebten „unter einem Terror, der mit dem von Nazi-Deutschland vergleichbar“ sei.

Die Mitteilung aus Südafrika vom 28. Mai, daß der Bann gegen den Leiter des Christ-

lichen Instituts von Natal, *Manas Buthelezi*, aufgehoben sei, wurde vom Präsidenten des Lutherischen Weltbundes, *Mikko Juva*, und dem bisherigen Generalsekretär, *André Appel*, in Genf ausdrücklich begrüßt. Hier habe sich gezeigt, daß der seit Verhängung des Banns im Dezember vorigen Jahres weltweit aufgekommene Protest gegen diese Maßnahme Erfolg gehabt habe. Es sei nun zu hoffen, daß auch die anderen, von einem ähnlichen Schicksal Betroffenen, von der südafrikanischen Regierung in gleicher Weise behandelt werden.

Wenige Wochen nach dem Besuch von Erzbischof *Agostino Casaroli* in Kuba (vgl. HK, Mai 1974, 276) wurde mit dem Regime Fidel Castros wieder volle diplomatische Beziehungen hergestellt. Der bisherige vatikanische Geschäftsträger, Titularbischof *Cesare Zecchi*, dessen Umsicht und diplomatisches Talent sowohl die Wahrung von Mindestexistenzrechten für die Kirche wie die stufenweise Verbesserung der Beziehungen zur Regierung zu verdanken sind, wurde zum Apostolischen Nuntius ernannt.

Der Erzbischof von Santiago, Kardinal *Silva Henriquez*, der in den letzten Monaten trotz fortgesetzter Vermittlungsversuche zwischen der Militärjunta und der chilenischen Öffentlichkeit, wiederholt von juntafeindlichen Presseorganen attackiert und zum Rücktritt aufgefordert wird, wurde Anfang Juni sowohl vom Vorsitzenden der US-Bischofskonferenz, Kardinal *John Krol* (Philadelphia) wie vom päpstlichen Nuntius in Santiago — gegen den Vorwurf ein „Feind der Nation“ zu sein — in Schutz genommen. Der Kardinal, der sich bei seinem jüngsten Rom- und Europabesuch gegenüber der Presse äußerst zurückhielt, hatte in seiner Osterpredigt selbst Attentatsdrohungen gegen ihn angedeutet.